

Wechsel ohne Wandel **Aus amerikanischen Fachzeitschriften, 1. Halbjahr 2000**

William Richard Smyser*

In den amerikanischen Fachzeitschriften wirft die Präsidentschaftswahl vom 7. November 2000 ihren Schatten voraus. Prominente außenpolitische Experten, die den Republikanern nahestehen, skizzieren die außenpolitischen Grundsätze einer republikanischen Präsidentschaft, die Demokraten verteidigen die Leistung Bill Clintons und sagen Kontinuität voraus, gleich wer gewinnen mag.

Was ist das Nationalinteresse?

Condoleezza Rice, der viele gute Aussichten bescheinigen, die nationale Sicherheitsberaterin eines Präsidenten Bush zu werden, fordert unter dem Titel „Das nationale Interesse fördern“ in *Foreign Affairs* vom Januar/Februar 2000, die amerikanische Außen- und Sicherheitspolitik am Kriterium des nationalen Interesses auszurichten. Clintons Außenpolitik sei wankelmütig und widersprüchlich und habe sich auf Ziele „der internationalen Gemeinschaft anstatt auf eine klare Definition des amerikanischen Nationalinteresses“ konzentriert. Die künftige republikanische Außenpolitik werde sich dagegen an fünf Kernpunkten orientieren:

1. Verstärkung der militärischen Mittel der Vereinigten Staaten, um militärische Macht zu projizieren und notfalls einzusetzen;
2. Förderung von wirtschaftlichem Wachstum und politischem Dialog durch Ausweitung des Freihandels und eines stabilen globalen Währungssystems, nicht zuletzt in der zu oft vernachlässigten westlichen Hemisphäre;
3. Erneuerung enger Beziehungen zu Verbündeten, die bereit und in der Lage seien, gemeinsam für Frieden, Wohlstand und Freiheit Sorge zu tragen;
4. Bündelung des amerikanischen außenpolitischen Engagements zu „umfassenden Beziehungen“ mit anderen Großmächten, insbesondere China und Rußland;
5. eindeutiges Verhalten gegenüber [damals noch so bezeichneten] „Schurken-Regimen“ und feindlichen Mächten.

* Dr. W. R. Smyser ist Professor an der Georgetown University, Washington, D.C.

Ms. Rice beklagt an der Clinton-Administration einen starken Schuß von Wilsonschem Idealismus. Ihrer Außenpolitik habe kein strategisches, sondern ein utopisches Konzept zugrunde gelegen. Ein starkes Amerika sei der beste Schutz für Menschenrechte und demokratische Freiheiten. Deshalb müsse Amerika sich wieder darauf besinnen, seine nationalen Interessen zu verfolgen und dadurch, wie im Kalten Krieg, wirklichen Frieden voranzubringen.

Die Autorin kritisiert vor allem die ständige Verringerung des Verteidigungshaushalts unter Clinton. Das habe zu verminderter militärischer Bereitschaft geführt, der Präsident habe die Streitkräfte durch Einsätze an zu vielen Orten und für zu viele Aufgaben verzettelt. In Zukunft müsse der Einsatz amerikanischer Soldaten in humanitären Krisen zur seltenen Ausnahme werden. Was die NATO anlangt, so fordert Rice eine starke und expandierende Allianz und begrüßt eine europäische Verteidigungs-„Identität“ im NATO-Rahmen. Mit Rußland (dem besonderen Fachgebiet der Autorin) müsse ein enger diplomatischer Dialog und vor allem ein umfassender Austausch über die sich ändernde nukleare Bedrohung stattfinden, zugleich sollten die Anstrengungen erhöht werden, das russische Nukleararsenal zu sichern. Ausdrücklich fordert sie für Amerika Raketenabwehrsysteme, sowohl nationale (NMD / National Missile Defence) als auch regionale (TMD / Theater Missile Defence).

In derselben Ausgabe von *Foreign Affairs* meldet sich auch **Robert Zoellick** zu Wort, unter Außenminister Baker der amerikanische Hauptunterhändler während der deutschen Wiedervereinigung und heute ebenfalls Kandidat für einen wichtigen Posten in einer Regierung Bush. In vielem entspricht sein Urteil dem von Professor Rice. Die Regierung Clinton, so Zoellick, habe keinerlei strategisches Konzept entwickelt, und Clinton habe die historische Chance verpaßt, den Anstoß für einen neuen amerikanischen Internationalismus zu geben. Die „Clinton-Doktrin“ wird besonders heftig kritisiert: Der Präsident habe ein universelles Recht auf Intervention deklariert, aber sich anschließend in einer Weise davon wieder distanziert, die Verwirrung und Ungewißheit geschaffen habe. Wie für Rice, so stehen auch für Zoellick die Rolle von und der Respekt für Macht im Vordergrund; er fordert eine neue internationale Architektur in strategischen, politischen und wirtschaftlichen Fragen und setzt sich ebenfalls für die Raketenabwehr im nationalen und regionalen Kontext ein.

In bezug auf Europa fordert Zoellick mehr Lastenteilung zwischen den Vereinigten Staaten und den europäischen Verbündeten; diese sollten auch in Peacekeeping-Einsätzen eine größere Rolle spielen. Er weist warnend darauf hin, daß die Verteidigungsausgaben der Europäer in keiner Weise den rhetorischen Beteuerungen

größerer europäischer Verantwortung im Verteidigungsbereich entsprächen, hofft aber, daß die europäischen Streitkräfte auch künftig eng mit den amerikanischen operieren.

Nicht auf Europa und Rußland, sondern auf China konzentriert sich ein dritter Berater des Kandidaten Bush, nämlich **Paul Wolfowitz**, früher Abteilungsleiter für Asien im State Department und Staatssekretär im Verteidigungsministerium. In der Frühjahrsausgabe von *The National Interest* schreibt er unter dem Titel „Remembering the Future“, Washington solle sich für eine umfassende Beziehung mit China einsetzen, dies dürfe allerdings nichts an der eindeutigen Sicherheitszusage Amerikas gegenüber Taiwan ändern.

Clinton: Pragmatiker ohne Doktrin

Auch **Richard Haass**, ebenfalls hoher Beamter in der früheren Bush-Administration und heute Vizepräsident der Brookings Institution, befaßt sich in der Mai/Juni-Ausgabe von *Foreign Affairs* kritisch mit der Außenpolitik Clintons. Der Präsident habe seine Politik an innenpolitischen Meinungsumfragen orientiert und die Chance verpaßt, eine neue globale Stabilitätsstruktur zu schaffen. Unter dem Titel „The Squandered Presidency“ (die vertane Präsidentschaft) gibt Haass der Hoffnung Ausdruck, der nächste Präsident werde seine Außenpolitik auf dauerhafte amerikanische Interessen und nicht auf wankelmütige Meinungen gründen.

Prof. **Stephen Walt** von der Universität Chicago dagegen ruft in der März/April-Ausgabe von *Foreign Affairs* zur Verteidigung Bill Clintons auf. In „Two Cheers for Clinton’s Legacy“ – three cheers will Walt allerdings auch nicht ausrufen – führt er aus, Clintons Außenpolitik sei zwar nicht perfekt gewesen, aber der nächste Präsident werde, ganz gleich, was er jetzt sage und beabsichtige, im wesentlichen die Politik Clintons fortsetzen.

Das globale Übergewicht der Vereinigten Staaten, das Walt auch noch für längere Zeit für gegeben hält, habe Amerika wenig neue Ziele in der Außenpolitik beschert und zugleich das Interesse der amerikanischen öffentlichen Meinung an der Außenpolitik verringert. Trotz Clintons mangelnder Konzentration auf außenpolitische Fragen habe der Präsident doch vier wichtige Ziele verfolgt:

- die Gefahr von Krisen zu verringern,
- die nukleare Verbreitung aufzuhalten,
- eine offenere und produktivere Weltwirtschaft zu fördern und
- ein internationales Umfeld zu schaffen, das mit amerikanischen Wertvorstellungen vereinbar sei.

Viele dieser Ziele entsprächen jenen, die schon Clintons Vorgänger, Präsident George Bush, verfolgt habe; sie wären auch die Ziele eines jeden Nachfolgers.

Für Walt wächst die Bedeutung der NATO in Europa, den Balkan eingeschlossen; das amerikanische Engagement in allfälligen Kriegen und Krisen sei notwendig, weil weder die Vereinten Nationen noch die Europäer die Aufgabe alleine bewältigen könnten.

Amerikas globaler Einsatz für die Menschenrechte sei im übrigen ein wichtiger Erfolg der Präsidentschaft Clintons, wie Haiti oder das frühere Jugoslawien zeigten. Allerdings habe Clinton es versäumt, sich ähnlich in Somalia und Ruanda einzusetzen, auch habe er sich zu übertriebener Kritik an den Vereinten Nationen hinreißen lassen.

In derselben Ausgabe von *Foreign Affairs* stoßen drei frühere Mitarbeiter Clintons – **W. Bowman Cutter, Joan Spero und Laura d'Andrea Tyson** – in das gleiche Horn: Wer auch immer Präsident werde, habe keine andere Wahl, als sich ähnlich wie Clinton zu verhalten. Dabei loben die Autoren insbesondere Clintons Einsatz für Freihandel und die Globalisierung der Märkte. Sie weisen allerdings darauf hin, daß es künftig noch mehr darum gehen werde, in Amerika und der Welt Koalitionen zu schaffen, die diese Politik gegen wachsenden Widerstand im eigenen Land und der Welt absichern können.

Globalisierung am Pranger

Wie ernst dieser Widerstand zu nehmen ist, machen zwei Veröffentlichungen im Berichtszeitraum deutlich. Die Frühjahrsausgabe von *Foreign Policy* enthält ein langes Interview mit **Lori Wallach**, die im November 1999 in Seattle die Demonstrationen gegen die Tagung der Welthandelsorganisation organisierte und zum Scheitern der Konferenz maßgeblich beitrug.

Wallach leitet die *Public Citizen Global Trade Watch*, Teil der Organisation „Public Citizen“, mit einem Budget von 11 Millionen Dollar, 150 000 Mitgliedern und einem Netz von Nicht-Regierungsorganisationen in über 25 Ländern. Im November 1997 hatte sie bereits für sich in Anspruch genommen, im Kongreß die „Fast track“-Ermächtigung des Präsidenten für eine neue globale Handelsrunde vereitelt zu haben.

Das Welthandelssystem, so Wallach, werde von den Multis gemanagt, zerstöre gewachsene Gesellschaften, führe nur zu oft zu Ergebnissen, die zwar spezifischen Interessen dienen, aber die Bedürfnisse der Bürger vernachlässigten. Die Welthandelsorganisation sei ein Haufen von Bürokraten, die niemandem Rechenschaft leisteten und weder von ihr noch anderen Rat annähmen, wie man das System

verbessern könne. Die großen am Welthandel beteiligten Unternehmen benutzten die Regeln der Organisation, um in den Entwicklungsländern Löhne zu drücken; sie böten zwar Jobs, aber keinen höheren Lebensstandard. Immer noch sei Kinderarbeit weit verbreitet, die Kinder würden ausgebeutet, anstatt daß die Eltern Arbeitsplätze erhielten. Sklavenarbeit, insbesondere in China, sei ein Skandal, deshalb werde sie auch den amerikanischen Kongreß veranlassen, China den Meistbegünstigten-Status zu versagen.

Als Alternative zur Welthandelsorganisation fordert Wallach, jedes Land müsse eben seine eigenen Regeln festlegen dürfen, die allerdings einem ökologischen und sozialen Mindeststandard entsprechen müßten. Zwar distanziert sie sich von den Demonstranten, die in Seattle Gewalt anwandten, droht jedoch, die Welthandelsorganisation „zu zerschmettern“, falls diese nicht transparenter werde und lerne, auf Bürgerinteressen Rücksicht zu nehmen.

In Seattle waren es nicht zuletzt Gewerkschaften, die die Demonstranten unterstützten. **Jay Mazur**, der Vorsitzende des Internationalen Ausschusses der AFL-CIO, argumentiert ähnlich wie Wallach in der Januar/Februar-Ausgabe von *Foreign Affairs*. Die Gewerkschaft unterstützt die Kandidatur von Albert Gore. Aber selbst wenn Gore nicht Präsident werden sollte, zeigen Mazurs Artikel und das Interview mit Lori Wallach, wie kontrovers und bitter die inneramerikanische Diskussion über den Außenhandel in Zukunft werden könnte.

Unter dem Titel „Labor’s New Internationalism“ kritisiert Mazur die „abgeschirmte Elite“ der internationalen Unternehmensmanager, welche gesellschaftliche Strukturen und politische Stabilität aushöhlten und Bedürfnisse und Sorgen der Bürger ignorierten. Diese neue Klasse trage zur wachsenden Ungleichheit unter den Nationen bei, indem sie Investitionen zu den billigsten und deshalb auch schwächsten Arbeitnehmergruppen verlagere. Die Folge seien Druck auf Löhne und Lebensstandard in den entwickelten wie in den Entwicklungsländern. Nach Mazur konzentriert sich der Wohlstand immer mehr auf die reichsten Individuen der Welt, während die Lohnempfänger immer weiter zurückfallen; die 200 Reichsten verfügten über Vermögen, die größer seien als die Einkünfte von einer Milliarde der Ärmsten. In der Vergangenheit hätten derartige Diskrepanzen immer wieder zu Brüchen und Umstürzen geführt.

Der Internationale Währungsfond habe zu dieser Entwicklung beigetragen, indem er Banken und Spekulanten geschützt und zugleich drakonische deflationäre Maßnahmen verordnet habe, die die Einkünfte und Lebensbedingungen von Millionen von Arbeitern und Bauern in den ärmeren Regionen zerstört hätten. Auch Mazur fordert mehr demokratische Transparenz und Rechenschaftspflicht für die Welt-

handelsorganisation sowie mehr Gewerkschaftsrechte, Umweltschutz und soziale Standards. Die internationale Zusammenarbeit der Gewerkschaften müsse erheblich zunehmen. Der UPS-Streik vom September 1997 sei auch deshalb so erfolgreich gewesen, weil das Unternehmen zu der Einsicht gezwungen wurde, daß es nicht nur in den Vereinigten Staaten mit Arbeitsniederlegungen zu rechnen hatte, sondern auch in Europa und anderswo.

Die Gewerkschaften müßten lernen, ein neues Bündnis mit Umweltschützern und Menschenrechtsgruppen sowie religiösen Vereinigungen und Verbraucherschützern zu schließen. Sie könnten bereits mit erheblicher Unterstützung im amerikanischen Kongreß rechnen und würden dafür sorgen, daß jede neue Welthandelsrunde ökologische, soziale und Gewerkschaftsrechte zu berücksichtigen habe. Dies als Protektionismus zu kritisieren sei falsch. Vielmehr würden derartige Maßnahmen dazu beitragen, daß der Handel in Zukunft den Arbeits- und Lebensbedingungen der Arbeiter überall zugute käme. Dies sei, so Mazur, der „neue Internationalismus“ der Gewerkschaftsbewegung.

Liste der vorgestellten Aufsätze

- Cutter, W. Bowman/Spero, Joan Edelman/D'Andrea Tyson, Laura**, New World, New Deal. A Democratic Approach to Globalization., in: Foreign Affairs, 79 (März/April 2000) 2, S. 80–98
- Haass, Richard N.**, The Squandered Presidency, in: Foreign Affairs, 79 (Mai/Juni 2000) 3, S. 136–140
- Mazur, Jay**, Labor's New Internationalism, in: Foreign Affairs, 79 (Januar/Februar 2000) 1, S. 79–93
- Rice, Condoleezza**, Promoting the National Interest, in: Foreign Affairs, 79 (Januar/Februar 2000) 1, S. 45–62
- Wallach, Lori**, Lori's War, in: Foreign Policy, (Frühjahr 2000) 118, S. 28–57
- Walt, Stephen N.**, Two Cheers for Clinton's Foreign Policy, in: Foreign Affairs, 79 (März/April 2000) 2, S. 63–79
- Wolfowitz, Paul**, Remembering the Future, in: The National Interest, 79 (Frühjahr 2000) 59, S. 35–45
- Zoellick, Robert B.**, A Republican Foreign Policy, in: Foreign Affairs, 79 (Januar/Februar 2000) 1, S. 63–78

Weitere Ausgaben der SWP-Zeitschriftenschau, August 2000

Falk Bomsdorf, Aus russischen Fachzeitschriften, 1. Halbjahr 2000

Alrun Deutschmann / Peter Schmidt, Ist die Vergangenheit unsere Zukunft? Aus britischen und französischen Fachzeitschriften, 1. Halbjahr 2000

Elke Thiel, Europäische Architektur und Euro-atlantische Partnerschaft. Die EU in internationalen Fachzeitschriften, 1. Halbjahr 2000